

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Embargo-Forderung des EU-Parlaments nicht umsetzen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Am 7. April 2022 hat das EU-Parlament eine Resolution verabschiedet und ein sofortiges Importverbot für Gas, Öl, Kohle und Kernbrennstäbe aus der Russischen Föderation gefordert.
2. Kein Land der Europäischen Union ist so abhängig von Energieimporten aus der Russischen Föderation wie die Bundesrepublik Deutschland und auch Mecklenburg-Vorpommern.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend auf die Bundesregierung dahingehend einzuwirken, dass derartige Forderungen zu einem ruckartigen, gefährlichen Importstopp von russischen Energieträgern nicht umgesetzt werden.
2. unverzüglich die Notfallpläne des Landes Mecklenburg-Vorpommern dahingehend zu prüfen, welche Sofortmaßnahmen getroffen werden müssen, um im Falle eines Importstopps die Folgen für das Land Mecklenburg-Vorpommern abzumildern. Der Landtag ist spätestens am 18. Mai 2022 darüber zu unterrichten, wie die Notfallpläne und Verantwortlichkeiten gestaltet wurden und über welche Reserven das Bundesland verfügt.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Ein Importstopp von russischen Energieträgern hätte dramatische Konsequenzen für die Europäische Union und insbesondere die Bundesrepublik. Nicht nur die chemische Industrie oder Energieunternehmen und viele andere Bereiche der deutschen Wirtschaft wären binnen kürzester Zeit gezwungen, die Produktion zu drosseln und enorm umzustellen, auch die Stromversorgung wäre innerhalb von wenigen Wochen gefährdet. Die Wahrscheinlichkeit für Lieferengpässe und flächendeckende Blackouts erhöht sich stark.

Bei allem Verständnis für die Versuche, der Russischen Föderation als kriegsführende Partei den Geldhahn abzdrehen, darf dies nicht darin münden, die deutsche Volkswirtschaft extrem zu schwächen und die eigene Bevölkerung in schwerste soziale Probleme zu stürzen.